Nr. 78 — 1. Ausgabe

Sonntag, 21. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13 528, 13 538, 13 557, 17 103. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise:
Grundzeile, 27 mm breit, M. 1.60, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 63 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Sätzen- oder Kunstsatz 10 v. H. Aufschlag. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 30 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis:
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 2.75, vierteljährlich M. 8.25 ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintrag. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 2.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Beginnende Entspannung der Lage in Berlin

Aufhebung des Generalstreiks bevorstehend — Eine Regierungskommission von Stuttgart nach Berlin unterwegs — Noske bleibt im Amt — Das Leipziger Gewerkschaftskartell gegen den Aufruhr — Kämpfe im westlichen Industriegebiet

Die Lage in Berlin

+ Berlin, 20. März. (Eig. Drahtbericht)

Die politische Lage, wie sie sich am Freitag nachmittag in Berlin ergab, wird uns von zuverlässig informierter Seite folgendermaßen geschildert: Das Ultimatum der drei freien Gewerkschaftsverbände an die Regierungsvertreter und die drei Mehrheitsparteien ist gestern vormittag im Reichsrat und in den Fraktionen der Mehrheitssozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten eingehend besprochen worden. Die Forderungen dieses Ultimatums bedeuten eine weitere einseitige Radikalisierung des Wirtschaftslebens und stehen in dieser Beziehung in keinem logischen Zusammenhang mit irgendwelchen Abwehrmaßregeln gegen reaktionäre politische Bestrebungen. Sie lauten folgendermaßen: 1. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung der meuternden Truppen. 2. Maßregelung sämtlicher Beamten, die sich den Herren Kapp und Genossen zur Verfügung gestellt haben. 3. Auflösung aller gegenrevolutionären Formationen. 4. Bildung von Sicherheitstruppen aus der Mitte der organisierten Arbeiterschaft. 5. Schleunige Demokratisierung der Verwaltung unter Heranziehung der Arbeitnehmer. 6. Entfernung aller reaktionären Beamten aus allen leitenden Stellen. 7. Sofortige Sozialisierung des Kohlen- und Kalibergbaues und der Krafterzeugung sowie Schaffung neuer Gesetze zur Sicherung der Arbeiterrechte und Uebernahme des Kohlensyndikats durch das Reich. 8. Rücktritt Noskes, Heines und Oesers. 9. Verpflichtung der maßgebenden Parteiinstanzen, sich jeweils bei einschneidenden Beschlüssen mit der organisierten Arbeiterschaft durch Vermittlung der Generalkommission der Gewerkschaften zu verständigen.

Auf den Boden dieser Bedingungen haben sich auch die Führer der Unabhängigen gestellt und die Regierung gibt die Hoffnung nicht auf, durch Verhandlung auf dieser Basis zur Beruhigung und zur Aufhebung des Generalstreikes zu gelangen. Ueberall herrscht indessen Einmütigkeit darüber, daß die Erfüllung dieser Forderungen wenn überhaupt, dann nur durch die Reichsregierung und die Nationalversammlung, nicht aber durch die zufällig in Berlin anwesenden Vertreter der beiden gesetzgebenden Körperschaften möglich sei. — Im Reichsrat und bei den Fraktionen des Zentrums und der Demokraten bestand ferner Einmütigkeit darüber, daß die Erfüllung des Ultimatums verfassungswidrig sein werde, weil gleich die erste Forderung eine Mitwirkung wirtschaftlich-politischer Verbände an der politischen Geschäftsführung verlangt, die in der Verfassung nicht vorgesehen ist. Als besonders bedenklich wurde ferner die Forderung angesehen, daß der Sicherheitsdienst für die Reichshauptstadt durch die Arbeiterschaft übernommen werden sollte. Nachdem die sog. Baltikumer und die Führer der Militärrevolte aus Berlin entfernt seien, wäre eine solche Forderung auch unverständlich. Die zurückgebliebenen Teile der Reichswehr und die gesamte Sicherheitswehr sind durchaus zuverlässig und erklären, für die Regierung Ebert-Bauer kämpfen zu wollen.

Dagegen ist man zu weitgehenden Zugeständnissen bereit in bezug auf einige sozialpolitische Forderungen und auf den Wunsch einer sofortigen Umbildung der Reichsregierung. Ob dabei die drei Minister Noske, Oeser und Heine zu beseitigen sind, darüber können nur die verfassungsmäßigen Faktoren, nicht willkürliche Forderungen und Stimmungen entscheiden. In diesem Sinne sollte bei der Zusammenkunft zwischen den Regierungsvertretern, dem interfraktionellen Ausschusse, den drei Mehrheitsparteien und Vertretern der drei Gewerkschaftsverbände gestern abend eingehend verhandelt werden. Die Verhandlungen, die für die Regierung Minister Schiffer als Vertreter des Reichskanzlers leitete, dauerten bis 3 Uhr heute früh. Nach den Mitteilungen, die Schiffer demokratischen Kreisen machte, kann mit der

Aufhebung des Generalstreiks heute noch

gerechnet werden. Danach müßte es zu irgendeiner vorläufigen Verständigung zwischen den Parteien gekommen sein.

Heute nacht gab es noch Schießereien in Moabit und der Gegend des Stettiner Bahnhofs, die aber ohne Bedeutung geblieben sind. Im Zentrum Berlins sieht es heute viel ruhiger aus. Die Menschenwellen sind erheblich abgeflutet, die Straßen bieten beinahe das normale Verkehrsbild. Nur fehlen Autos und Droschken noch in der Mittagsstunde. Die Elektrische, die Hochbahn und die Stadtbahn werden, wie man erwartet, noch am Spätnachmittag den Betrieb aufnehmen. Die Wache am Brandenburger Tor ist eingezogen worden. Die regierungstreuen Truppen sind in den Kasernen versammelt. Nach alledem darf man ohne allzu großen Optimismus heute noch eine Entspannung der Lage und morgen die Wiederaufnahme der Arbeit erwarten.

*

Es liegen uns noch folgende Meldungen vor: Infolge des Generalstreiks ist es auf verschiedenen Bahnhöfen, so in Niederschöneweide, Strausberg, Fredersdorf und Hoppegarten, zu schweren Ausschreitungen gekommen. Von Berlin aus wurde ein Panzerzug entsandt. Als am Freitag gegen Mittag zwei Panzerautos mit Reichswehrsoldaten, aus der Landsberger Straße kommend, den Alexanderplatz passieren wollten, wurden sie von der [illegible] Menge angehalten und belästigt. Die Soldaten eröffneten sofort Maschinengewehrfeuer, wodurch eine größere Zahl Personen getötet oder verwundet wurde. Im Polizeipräsidium sind zwei Tote und vier Schwerverletzte zunächst untergebracht worden. Bei den Ausschreitungen beim alten Schöneberger Rathause sind neun Offiziere getötet worden. — Weiter wird gemeldet: Am Freitag mittag wurde in Berlin von Leuten in Stahlhelmen auf zwei Lastautos nach kurzem Rufe „Straße frei" unter die Bevölkerung geschossen. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß es sich hierbei um von Spartakisten besetzte Kraftwagen und nicht um Regierungstruppen handelt. Die Verfolgung ist aufgenommen worden. Auch die von den Kommunisten verbreitete Nachricht, es handle sich um Baltikumtruppen, stimmt nicht. Solche Truppen gibt es in Berlin überhaupt nicht mehr.

Die Zurückführung der am Putsch beteiligten Truppen aus Berlin ist in vollem Gange. Sie vollzieht sich etappenweise und geht deshalb nicht so schnell vor sich, wie es wünschenswert wäre. Die Marinebrigade Ehrhardt soll weit aus Berlin hinausgeführt werden, nur die in Berlin bereits früher garnisoniert gewesenen Truppen bleiben an ihrem Standort. Gegenwärtig stehen in Berlin an Sicherheitswehr 8000 Mann zur Verfügung. Die Lastkraftwagen, mit denen sie durch die Straßen fahren, tragen die Aufschrift „Ebert-Bauer". Im Reichsministerium wird versichert, daß alle in Berlin stehenden Formationen fest in der Hand ihrer Führer seien.

*

Das Standrecht über Berlin

WTB. Berlin, 20. März. Durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Verfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Bezirk des Reichswehrtruppenkommandos I in Berlin und Provinz Brandenburg der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Auf Grund dieser Verordnung werden Reichswehr und Sicherheitspolizei, da Automobile mit bewaffneten und uniformierten Personen durch die Straßen fahren und schießen, dazu ermächtigt, den gesamten Automobilverkehr anzuhalten und auf Waffen zu untersuchen. Insassen von Kraftwagen, in denen Waffen gefunden werden, ohne den vorgeschriebenen Berechtigungsschein werden standrechtlich mit dem Tode bestraft.

Eine zweite Verordnung warnt die Bevölkerung von Groß-Berlin, ohne zwingenden Grund die Straßen nach Eintritt der Dunkelheit zu betreten, da sie sonst Gefahr laufe, von Geschossen getroffen zu werden. Gleichzeitig werden vom Militärbefehlshaber außerordentliche Kriegsgerichte eingesetzt sowie die Bildung von Standgerichten angeordnet. In einer weiteren Verordnung werden Versammlungen in geschlossenen Räumen gestattet, während Versammlungen unter freiem Himmel der Genehmigung des Militärbefehlshabers bedürfen.

*

Der Sieg der Regierung Ebert—Bauer

WTB. Berlin, 20. März. Die Reichsregierung erläßt folgenden Aufruf:

Arbeiter! Bürger!

Kapp ist davongejagt, General v. Lüttwitz entlassen. Der Oberreichsanwalt hat das Hochverratsverfahren gegen die Verführer bereits eingeleitet. Die verfassungsmäßige, vom Volkswillen bestellte und getragene Regierung Bauer ist wieder im vollen Besitze der Reichsgewalt. Alle in Berlin befindlichen Truppen der Reichs- und Sicherheitswehr stehen fest hinter der Regierung. Die Verhandlungen über den Abbruch des Generalstreiks sind im Gange. Durch ihren siegreichen Kampf für die Demokratie hat sich die Arbeiterschaft einen unlösbaren Anspruch auf Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte erworben. Die Sympathie der ganzen Welt war bei diesem Kampfe gegen die Militärdiktatur auf der Seite des deutschen Volkes. Am Donnerstag hat bereits der französische Geschäftsträger de Marcilly die Reichsregierung zu ihrem Siege über Kapp und Lüttwitz beglückwünscht. Am Freitag hat der englische Geschäftsträger Lord Kilmarnock erklärt, daß die Gewährung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Krediten nur möglich wäre, wenn im Innern Deutschlands verfassungsmäßige Zustände herrschen und die Ruhe und Ordnung weder von rechts noch von links gestört würden.

Nieder mit der Diktatur! Hoch die Demokratie!

gez. Bauer.

*

Die Beurteilung in Stuttgart

+ Stuttgart, 19. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Lage im Reiche wird bei der Regierung noch wie vor als ernst beurteilt, besonders die im Ruhrgebiet, wo ganze Städte anscheinend in die Gewalt der Spartakisten gekommen sind. Man hofft jedoch, der kommunistischen Bewegung in einigen Tagen Herr zu werden, wenn der Widerstand der Einwohnerwehr organisiert ist. Die Reichsregierung, die den Wunsch hat, so bald als möglich nach Berlin zurückzukehren, wird doch erst eine Sicherung der Verhältnisse abwarten müssen, bevor sie ihren Sitz wieder in die Reichshauptstadt verlegt. Die Fraktionen der Nationalversammlung, die heute noch um 30 Abgeordnete verstärkt wurden, so daß ihre Zahl sich jetzt auf 280 beläuft, besprachen heute vormittag die Lage.

Der Reichswehrminister bleibt

G. Stuttgart, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Der Konflikt Noske—Scheidemann, den der mehrheitssozialistische Führer am Donnerstag mit seinem Vorstoß gegen Noske in der Nationalversammlung begonnen hatte, kann als erledigt gelten. Die Mehrheitsparteien beschäftigten sich in ihren Fraktionssitzungen am Freitag in ausgedehnter Weise mit dem Konflikt. In den bürgerlichen Fraktionen kam man zu dem Entschluß, sich unbedingt hinter Noske zu stellen und auch auf die Sozialdemokratie in der Richtung einzuwirken, daß Noske im Amte verbleiben solle. Die Sozialdemokratische Fraktion faßte mit großer Mehrheit einen Beschluß, der Noske das Vertrauen der Fraktion aussprach. In der Kabinettssitzung am Abend stand der Fall nochmals zur Erörterung. Schließlich wurde Minister Noske gebeten, sein Rücktrittsgesuch wieder zurückzunehmen. Noske entsprach diesem Wunsche und verbleibt im Amt. Seine Stellung kann nach dieser Stellungnahme der drei Mehrheitsparteien, wie auch von den hier anwesenden Vertretern der Rechtsopposition besonders betont wird, als außerordentlich gefestigt gelten.

+ Stuttgart, 20. März. (Eig. Drahtbericht) Noskes Rücktrittsgesuch ist vom Reichspräsidenten abgelehnt worden. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung, an der auch Ebert und die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung teilnahmen, eingehend die politische Lage besprochen, wie sie sich nach der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung und dem Rücktrittsgesuch Noskes, das bereits seit einigen Tagen vorlag, gestaltet hat. In der Aussprache wurde festgestellt, daß Scheidemann als Sprecher der Fraktion zu seinem scharfen Vorstoß gegen den Reichswehrminister von der Fraktion nicht beauftragt war, und daß dieser Vorstoß nicht dem Willen der Fraktion entsprochen hat. Damit ist Scheidemanns Stellung als Vorsitzender der Fraktion schwer erschüttert und es kann angenommen werden, daß Scheidemann nunmehr seinen Rücktritt von diesem Posten anzeigen wird. Die Fraktion beschloß, Noske zu ersuchen, auf seinem Posten als Reichswehrminister zu verbleiben. Der Reichspräsident hat infolgedessen das Gesuch Noskes abgelehnt. Noske bleibt im Amt. Die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion ist besonders angesichts der furchtbaren Lage gefaßt worden, die durch die drohende Zerschlagung der Reichswehr entstanden war. Man hofft, daß der Name Noske als ein Symbol für die Zusammenfassung der treugebliebenen Teile der Reichswehr im Kampf gegen den jetzt an vielen Orten aufflammenden Spartakismus wirken wird.

*

An alle Eisenbahner!

Die vier großen Eisenbahnerorganisationen haben, wie das Wolff-Bureau meldet, folgenden Aufruf erlassen:

An alle Eisenbahner! Die unterzeichneten großen Organisationen des Eisenbahnpersonals hatten den Generalstreik ausschließlich zu dem Zwecke angesagt, um die Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände zu erzwingen. Nachdem der Zweck des Generalstreiks erreicht worden ist, halten die Organisationen in freier Entschließung an der ausgegebenen Parole fest, den Verkehrsbetrieb sofort wieder aufzunehmen. Für den erforderlichen Schutz der Arbeitswilligen soll gesorgt werden. Die Parole der Generalstreikleitung, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist keine Fälschung.

Der Gewerkschaftsbund deutscher Eisenbahnarbeiter, Kartell der Eisenbahnergewerkschaften Deutschlands,
gez. Quade. Vinens.
Gewerkschaft deutscher Eisenbahn- und Staatsbediensteten, gez. Koch. Knobel.
Allgemeiner Eisenbahnerverband, gez. Scarupps.
Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer, gez. Scharfschwert.

*

Das Verfahren gegen die Hochverräter

Das Wolff-Bureau meldet: Der Oberreichsanwalt hat das Verfahren gegen die Mitglieder der sogenannten Regierung Kapp, vor allem gegen Kapp selbst, General v. Lüttwitz, Jagow usw. bereits eingeleitet.

*

Forderungen der Demokraten

Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei verlangt die schnellste und rückhaltlose Durchführung des Prozesses gegen die Rädelsführer des Militärputsches. Bei der Umbildung des Kabinetts, die er fordert, betrachtet er eine Beteiligung der beiden Rechtsparteien als völlig ausgeschlossen.

*

Zur Geschichte des Putsches

Aus Berlin wird gemeldet: Von einer beteiligten Persönlichkeit erfahren wir folgende Einzelheiten über den Gang der Ereignisse in der verhängnisvollen Nacht vom Freitag zum Sonnabend: General Reinhardt gab bei der Kabinettssitzung seine Entschlossenheit kund, die anziehenden Lüttwitz-Truppen niederzukämpfen. Er erklärte, die Reichswehr sei in der Lage und willens, den heranziehenden Truppen entgegenzutreten. Das Kabinett aber entschloß sich, kampflos aus Berlin zurückzuweichen. General Reinhardt gab, da seine Ansicht nicht durchdrang, seinen Abschied.

Die schweren Kämpfe in Leipzig

o. Leipzig, 20. März. (Eig. Drahtbericht)

Die Reichswehr war gestern nachmittag bis zum Volkshaus vorgedrungen, das angegriffen wurde. Das Haus wurde von mehreren Bomben getroffen und ist in Brand geraten. Die Reichswehr hält, wie der gestrige Bericht sagte, die Stadt bis zur Albertstraße und hat das Reichsgericht besetzt. Auch in der Delitzscher Straße haben schwere Kämpfe stattgefunden. Dort ist eine Barrikade genommen worden, wobei Maschinengewehre und Gewehre erbeutet und Gefangene gemacht wurden.

Die politische Lage wird am besten durch ein Flugblatt gekennzeichnet, das die „Leipziger Volkszeitung" gestern herausgegeben hat, nachdem sie in ihrer Nachmittagsausgabe die Arbeiterschaft fußfällig beschworen hatte, den Kampf einzustellen. Der Aufruf ist „An die Arbeiter Leipzigs" gerichtet, und es heißt darin: „Die heute Freitag abgehaltenen Versammlungen haben mit Mehrheit beschlossen, den Kampf einzustellen und den Generalstreik aufzuheben. Der Beschluß ist unter der Voraussetzung gefaßt, daß der Friedensvertrag in Geltung treten sollte. Inzwischen hat sich die Situation völlig verändert. Generalmajor v. Pillach faßte das Verhalten der Arbeiter am gestrigen Tage als einen Bruch des Friedensvertrages auf, der in der Nacht vom 17. zum 18. geschlossen wurde. Die sächsische Regierung hat auf Grund von Artikel 48 den Ausnahmezustand verhängt. Damit ist die Vollzugsgewalt auf den Generalmajor v. Pillach übergegangen. Genosse Lipinski hatte heute, Freitag, mit Generalmajor v. Pillach eine Unterredung. In dieser erklärte der General, daß für ihn der Friedensvertrag nicht mehr bestehe, daß er seine ganze militärische Macht aufbieten werde, um in Leipzig Ruhe und Ordnung zu schaffen. Er ziehe auch von außerhalb Truppen heran und behalte sich vor, auch preußische Truppen herbeizuziehen. Er kämpfe nicht gegen die organisierte Arbeiterschaft, und wenn diese den Kampf einstelle, dann bleibe nur der Mob übrig. Er übergab dann Lipinski folgende

Bedingungen,

die ohne nähere Verhandlungen angenommen werden müßten und nach denen er in Leipzig Ruhe und Ordnung wiederherstellen werde:

1. Die organisierte Arbeiterschaft gibt sofort ihre Stellungen auf, zieht sich von den Straßen zurück und nimmt die Arbeit wieder auf.

2. Sämtliche Waffen sind mit Ausnahme der von den Truppen zur Zeit besetzten Stadtteile bei anzulegenden Sammelstellen abzugeben. Sie werden dort der Reichswehr übergeben. Vom 21. März 8 Uhr vormittags darf niemand Waffen in der Hand oder in seiner Wohnung besitzen.

3. Jeder Widerstand, den Zeitfreiwillige und Reichswehr finden, wird rücksichtslos gebrochen.

4. Wo sich Gefangene oder Geiseln in Händen der organisierten Arbeiterschaft befinden, sind sie sofort dem Polizeiamt zuzuführen. Von seiten der Truppen, die in und um Leipzig liegen, wird schon jetzt nach diesen Grundbedingungen verfahren.

Zum Schluß heißt es dann: Die Arbeiter werden aufgefordert, sich von den Kampflinien abzulösen, den Kampf einzustellen, die Waffen zu sammeln und die Arbeit aufzunehmen.

Unterzeichnet ist das Flugblatt von dem Gewerkschaftskartell, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und der Sozialdemokratischen Partei.

*

Angriff der Reichswehr

Ueber die Lage in Leipzig am Freitag nachmittags 5 Uhr erfahren wir von amtlicher Seite folgendes: Da der vereinbarte Waffenstillstand nicht gehalten worden war, hatte sich die Lage gefährlich zugespitzt. Der Oberbefehlshaber war daher gezwungen, sie möglichst schnell zu klären. Nachdem die Bedingungen, die er zur baldigen Wiederherstellung der Ordnung gestellt hatte, nicht angenommen worden waren, setzte die Reichswehr in den Nachmittagsstunden mit starken Kräften zum Angriff an. Der Angriff ist rasch aus dem Innern der Stadt nach Osten, Süden und Westen vorgetragen worden und demnach offenbar von Erfolg begleitet gewesen.

Auf den Wirtschaftsminister Schwarz ist bei seinem Aufenthalt in Leipzig aus der Nähe geschossen worden; der Schuß ging aber fehl. Das Geschoß hat einen andern getroffen.

*

Der militärische Bericht

Ueber die Ereignisse in Leipzig teilt der Stab der Reichswehrbrigade 19 unterm 19. März folgendes mit: Am Sonntag den 14. März hatten nach Schluß großer Massenversammlungen veranstaltete Demonstrationszüge zu einigen blutigen Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und den am Abend vorher einberufenen Zeitfreiwilligen geführt. Der Montag führte nach erneuten Massenversammlungen in den Vormittagsstunden zu einer in immer steigendem Maße um sich greifenden Bewaffnung der Arbeitermassen, deren Führung zugleich immer mehr nach links in radikale Hände zu gleiten begann. Gleichzeitig verstärkte sich von den Vorstädten her immer mehr der Druck, immer zahlreicher drängten bewaffnete Massen gegen die von den Zeitfreiwilligen besetzt gehaltene innere Stadt, zumal seit Montag abend und mehr noch am Dienstag infolge Massentransports von auswärts bewaffnete Trupps nach Leipzig hereingekommen [illegible], wodurch sich in den Abendstunden [illegible] Schießereien an verschiedenen Stellen der Stadt und [illegible]